

E 27, Archiv-Nr. 13560/1

*Konferenz beim Chef des Schweizerischen Militärdepartements
am 15. Januar 1918¹*

PV

Geheim

Bundesrat Decoppet eröffnet die Besprechung.

Der General wünscht die Ansicht des Bundesrates zu kennen, ob mit einem baldigen Friedensschluss zu rechnen sei oder ob Armee und Territorialdienst weiter auf direkte Kriegsbereitschaft hinarbeiten sollen. Wenn noch eine Verwicklung zu befürchten ist, so muss in Ausbildung und Materialbeschaffung mit Hochdruck vorwärts gearbeitet werden; wenn nicht, kann manches davon unterbleiben.

Bundespräsident Calonder: Das Politische Departement weiss nicht Genaueres über die Situation. Wahrscheinlich ist nächstens an der deutschen Westfront eine Offensive zu erwarten. Ein allgemeiner Friede steht in unbestimmter Ferne. Die militärische Spannung dauert an, und wir müssen unsere Rüstungen fortsetzen. Eine absichtliche Neutralitätsverletzung ist nicht zu erwarten, dagegen heisst es gegen Überraschungen und nicht direkt gewollte Grenzverletzungen gerüstet sein. Es ist die Frage, ob nicht, nachdem die Armee so viel Zeit zur Ausbildung hatte, der weitere Instruktionsdienst unter das jetzige Mass herabgesetzt werden könnte.

Bundesrat Motta ist gleicher Auffassung wie der Bundespräsident und wünscht vom General eine Beurteilung der militärischen Lage zu hören. Die Absicht einer Grenzverletzung ist wohl bei allen Nachbarn ausgeschlossen. Die Wahrscheinlichkeit einer Offensive im Westen fordert aber zu entsprechenden Massregeln auf. Allerdings sind die Finanzlasten gewaltig gewachsen. Am 12. Januar betragen die Mobilisationskosten 799 800 000 Franken. Dem stehen immerhin extra Einnahmen gegenüber. Der Totalertrag der Kriegsgewinnsteuer wird näher an 200 als an 100 Millionen Franken sein; auch andere Einnahmen fliessen reichlich. Aber dennoch bleibt ein starkes Missverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen.

Der General: Die Frage ist, ob die grosse, kommende Aktion im Westen entscheidend sein wird; wenn nicht, so wird nach ihr die Aktion der Vereinigten Staaten eintreten, deren Truppen allerdings erst gegen Ende dieses Jahres in bedeutender Anzahl eintreffen können. Dann kann unsere Sicherheit gefährdet sein, vorher wohl nicht. Wir müssen uns klar sein darüber, dass die Rüstungen entweder mit Hochdruck gefördert oder überhaupt eingestellt werden müssen. Wir müssen den Mut haben, zu sagen: entweder, dass wir auf weitere Rüstungen zu verzichten wagen, oder aber, dass wir die Notwendigkeit einer vollständigen Kriegsbereitschaft anerkennen. Der Generalstabschef wird Näheres über die Lage berichten.

Der Generalstabschef: Der künftige Gang der Dinge ist schwer vorauszusagen, besonders die in diesem Jahre neu auftretenden Amerikaner sind ein unbestimmter

1. *Etaient présents: Bundespräsident Calonder, Bundesrat Decoppet, Bundesrat Motta, General, Generalstabschef, Unterstabschef. Le procès-verbal est rédigé par E. Sonderegger, sous-chef de l'Etat-Major Général de l'Armée suisse.*

Faktor, und es ist nicht ausgeschlossen, dass sie neue Wege suchen werden, wenn die andern alle versagt haben.

Es scheint geraten, mit allen Eventualitäten zu rechnen. Es ist schwer zu schätzen, wieviel Truppen die Amerikaner bringen werden und wann. Dass die Munitionsaufträge an unsere Fabrikanten kleiner werden, zum Teil sogar annulliert worden sind, hängt mit dem Mangel an Schiffsraum bei der Entente zusammen, da der Transport des Rohmaterials aus Amerika bedeutend mehr Schiffsraum beansprucht als der fertigen Munition. Im Jahre 1918 ist weniger mit einem Einfall zu rechnen als Ende 1918 bis Anfang 1919. Die Amerikaner bereiten sich auf einen sehr lange dauernden Krieg vor. Sobald es im Sundgau zu grösseren Kämpfen kommt, müssen wir unseren Grenzschutz verstärken. Eine Offensive der Zentralmächte im Westen scheint vorbereitet zu werden. Schweizerische Missionen werden gegenwärtig im Rücken beider Parteien nicht zugelassen, was auf Vorbereitungen schliessen lässt. Immerhin werden beide Parteien nicht ohne Bedenken an diesen gewaltigen neuen Kampf herantreten. Der Unterseebootkrieg nimmt in seinen Wirkungen eher zu als ab. Es scheinen auf deutscher Seite neue Bootstypen zur Verwendung zu kommen, wie die neu gemeldete Rammung eines Zerstörer durch ein Unterseeboot zeigt. Es ist denkbar, dass die Zentralmächte mit dem grossen Angriff warten, um Ergebnisse des Unterseebootkrieges und den Eindruck eines russischen Separatfriedens abzuwarten.

In Sachen der Ausbildung ist zu bedenken, dass sogar die kriegführenden Armeen selbst, mit aus der Front zurückgezogenen Truppen, immer wieder Ausbildung treiben, um sie leistungsfähiger zu machen. Auch die Anwendung der neuen Kampfmittel, Minenwerfer, Handgranaten, Infanteriegeschütze, erfordern Ausbildungsarbeit.

Hinsichtlich materieller Ausrüstung ist nicht ausser acht zu lassen, dass durch das Zuwarten, durch inzwischen eintretende Preissteigerungen, die Kosten häufig stark vermehrt werden. Ein Beispiel dafür bildet die Angelegenheit der Zelte.

Die Verhältnisse für die Ernährung unseres Volkes erregen schwere Sorgen, man spricht leichthin davon, dass im Notfall Deutschland uns Brot liefern könne. Das wird aber kaum der Fall sein. Allerdings haben die Deutschen mehr Brot als wir, aber dafür von allem andern sehr wenig.

Der Unterstabschef wird einige Angaben über notwendige Material-Anschaffungen machen.

Es besteht kein Zweifel, dass wir gerüstet bleiben müssen. Für die Truppenausbildung bleibt uns gegenwärtig sehr wenig Gelegenheit, da die wenigen Truppen stark mit Grenzdienst belastet sind.

Bundesrat Decoppet: Eine Absicht, unsere Neutralität zu verletzen, ist bei keinem der Kriegsführenden vorauszusetzen und sicher auch nicht bei den Vereinigten Staaten. Informationen aus Washington lauten hierüber durchaus beruhigend; die Vereinigten Staaten sind uns überhaupt durchaus wohlgesinnt. Sie beabsichtigen auch uns in der Beschaffung von Transportgelegenheiten für das von ihnen gekaufte Getreide behilflich zu sein. Es ist fraglich, wie lange wir beim gegenwärtigen kleinen Truppenaufgebot verbleiben können. Hinsichtlich der Ausbildung steht fest, dass eine Neuausbildung der Truppen, den fortschreitenden Kriegserfahrungen entsprechend, unerlässlich ist.

Der Unterstabschef: Für die Infanterie ist eine vermehrte Ausrüstung mit Maschinengewehren notwendig. Alle fremden Armeen gehen uns auf diesem Wege voran, auch diejenigen, die ein automatisches Gewehr besitzen. Bei uns kann sich die Neuanschaffung nur in dem bescheidenen Rahmen der vorliegenden Fabrikationsmöglichkeiten bewegen, die eine Neuanschaffung von 600–800 Maschinengewehren pro Jahr gestattet und die nicht vergrößert werden kann. Wir können im Laufe eines Jahres unseren Infanteriebataillons nur je 400–600 neue Maschinengewehre zuweisen; wir erreichen damit eine Dotation von nicht einmal der Hälfte derjenigen, die im Ausland im Gange ist. Die Kosten einer solchen Jahresfabrikation mit dem nötigen Zubehör sind 11 Millionen Franken. Davon wurde vor kurzem die Hälfte angefordert, um für die ersten Fabrikationsmonate und für Materialanschaffung weiterer Monate Deckung zu haben. Der Rest des Kredites wird angefordert werden, wenn zwischen verschiedenen, als brauchbar bekannten Beförderungsarten die endgültige Auswahl getroffen sein wird.

Die Handgranatenfabrikation muss weitergehen. Eine Offensivhandgranate mit starker Sprengladung und geringer Splitterwirkung ist ein Bedürfnis. Die Versuche werden demnächst abgeschlossen sein, worauf dann die Fabrikation einsetzen muss.

Die Infanterie mehrerer kriegführender Heere ist mit kleinen Geschützen ausgerüstet, deren Aufgabe die Bekämpfung von Maschinengewehren ist. Wenn die Möglichkeit, sie im eigenen Lande zu fabrizieren, feststeht, wird auch diese Frage gelöst werden müssen.

Die Beschaffung der Zelte für die Feld-Infanterie ist überaus dringlich. Auch ist für die Ausstattung mit Helmen erst ein Teil des nötigen Kredites bewilligt.

Unser Mangel an schwerer Artillerie ist bekannt, er lässt sich zu einem Teil wenigstens ausgleichen durch die Aufstellung von Minenwerfer-Batterien, die wir im Gegensatz zu den Geschützen im Lande selbst herstellen können.

Die Fabrikation von Flugzeugen und Ballons darf angesichts unserer noch mehr als bescheidenen Ausstattung nicht unterbrochen werden.

Die bedenklichste Lücke in unserer materiellen Rüstung liegt aber im Mangel an Artilleriemunition. Die im Frieden vorgesehene Ausrüstung unserer Kanonen betrug 1200 Schuss pro Geschütz. Sie wurde während des Krieges durch ein erstes Munitionsprogramm auf 2400 gesteigert; ein weiteres Programm auf 4000 Schuss wurde nicht genehmigt, wohl aber wurde gestattet, die Fabrikation weitergehen zu lassen; damit wären wir nach den Berechnungen der Kriegstechnischen Abteilung im Oktober 1917 auf 4000 Schuss gekommen, in Wirklichkeit wurden es aber nur 3000 Schuss. Sehr mässig gerechnet ist der Tagesbedarf pro Gefechtstag und Feldkanone 250 Schuss, so dass unser jetziger Bestand für 12 Gefechtstage reicht. Ein erster Kriegsmonat wird uns mindestens 12 Gefechtstage bringen, wahrscheinlich aber noch bedeutend mehr. Es könnte uns daher passieren, dass wir nach glänzendster, ehrenvollster und erfolgreichster Verteidigung unseres Landes während eines Monats oder noch weniger plötzlich kampflös und ruhmlos abziehen müssten, weil unsere Artillerie nichts mehr zu schießen hätte. Diesem Zustand muss abgeholfen werden. Nähere Vorschläge darüber werden demnächst ausgearbeitet werden.

In Sachen der Ausbildung muss berücksichtigt werden, dass ein Stillstand in der Ausbildung deshalb nie eintreten darf, weil das gesamte Personal der Armee sich

fortwährend erneuert. Die neuen Rekruten und die neu ernannten Kader jedes Jahres müssen immer wieder eingearbeitet werden, so dass in gewissem Masse jedes Jahr von neuem angefangen werden muss. Bei der Landwehr ganz besonders bedarf es noch vieler Ausbildungsarbeit, weil die vielen im Frieden vorhandenen Lücken der Ausbildung während des Krieges infolge vieler anderweitiger Beanspruchung der Landwehrtruppen noch nicht haben ausgefüllt werden können.

Hinsichtlich der Möglichkeit einer Grenzverletzung ist darauf hinzuweisen, dass 1871 zur Zeit der Belagerung von Paris und der Kämpfe bei Orléans und Le Mans eine Hereinziehung der Schweiz in den Krieg geradezu für unmöglich gehalten werden musste, und dennoch wurde das scheinbar Unmögliche Wirklichkeit. Bei den heutigen viel grösseren Verhältnissen und der grösseren Nähe der Aktionen sind unvorhergesehene Verwicklungen in viel höherem Masse wahrscheinlich.

Dass zufällige und ursprünglich nicht gewollte Grenzverletzungen im Verlauf von Kämpfen in der Nähe unserer Grenze im Bereich der Möglichkeit liegen, wird allgemein anerkannt. Leicht aber können solche Fälle in ihren Konsequenzen für uns genau dieselben ernststen Folgen haben wie ein organisierter Einmarsch.

Bundesrat Motta resümiert: In der Materialbeschaffung darf selbstverständlich nichts versäumt werden. Es ist Pflicht, in der Erstellung von Munition, Mitrailleusen, Flugzeugen usw. weiterzumachen. Die Fabrikation wird dann sistiert, sobald erkannt wird, dass die Gefahr vorüber sei. Hinsichtlich der Ausbildung sei auf das Urteil kompetenter Stellen abgestellt, es ist aber wünschenswert, dass möglichst bescheidenes Mass gehalten und hauptsächlich die Landwehr möglichst geschont werde. Mit der Verstärkung des Grenzschutzes kann wohl zugewartet werden, bis grosse Ereignisse sich ankünden. An der Loyalität der Vereinigten Staaten uns gegenüber ist sowenig zu zweifeln wie an derjenigen Englands und Frankreichs.

Die Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten² war bestimmt, jeden Zweifel zu beseitigen, obwohl der Wortlaut allerdings nicht ganz befriedigend war. Italien hat verzichtet, gleichzeitig eine gleichlautende Erklärung abzugeben, weil diese den Charakter einer Abschwächung der früheren Erklärung annehmen konnte. Gegen die Fassung der Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten hat der Bundesrat protestiert³.

Nach französischer Auffassung kann der Krieg noch mehrere Jahre dauern.

Zusammenfassend seien: die Materialkredite zu bewilligen, der Grenzschutz vorläufig nicht zu verstärken, die Ausbildung möglichst sparsam, aber nach dem Ermessen des Armeekommandos zu organisieren.

Bundespräsident Calonder stimmt Bundesrat Motta zu. Eine Verletzung unserer Neutralität ist unmöglich, solange an der Westfront diese Spannung besteht. Die Heeresleitung muss für genügenden Schutz sorgen. Die Vermehrung des Kriegsmaterials ist durchaus notwendig. Schwerer als die Auslagen für Material belasten das Volk die Aufgebote. Es soll in den Aufgeboten möglichst Rücksicht auf die Landwirtschaft genommen werden.

Die Differenz zwischen dem Wortlaut der Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten und Frankreich und der unsrigen ist bedenklich. Auch ausländische

2. Cf. n^o 364.

3. Cf. n^o 367.

Meinungen gehen dahin, dass eine feindliche Absicht gegen unser Land nirgends besteht, dass aber in der durch grosse Ereignisse verursachten Aufregung alles möglich ist und ein Zufall uns in den Krieg hineinreissen kann. Ein zu schwacher Grenzschutz erhöht die Gefahr. In Sachen der Ausbildung sei auf das Urteil des Armeekommandos abgestellt, es darf darin nichts versäumt werden.

Bundesrat Decoppet: Die Haltung der Kriegführenden unserem Lande gegenüber wird stark beeinflusst durch ihr gegenseitiges Misstrauen. Wer den andern eine Verletzung unserer Neutralität zutraut, überlegt sich, wie er sich dagegen vorsehen kann.

Der Wortlaut in der Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten, der Anstoss erregt hat, ist praktisch ohne Bedeutung, da wohl jede kriegführende Partei im Falle des Einmarsches des Gegners in unser Land nur nach militärischen Erwägungen handeln wird.

Der Gewährung der Kredite für weitere Materialbeschaffung, der vorläufigen Belassung des Grenzschutzes beim jetzigen Mass, dem Weitergang der Ausbildung bei grösster Sparsamkeit ist zuzustimmen.

Betreffend Aufgebot der Landwehr-Infanteriebrigade 23 hat der Bundesrat die Ermächtigung gegeben, dass dem Verlauf dieser Beratungen entsprechend hier darüber entschieden werde. Die Landwehr-Infanteriebrigade 23 kann demnach auf den 25. Februar für sechs Wochen aufgeboten werden. Sollte ein ausserordentlich früher Frühling eintreten, so wäre der Landwirtschaft durch Beurlaubungen oder sonstwie entgegenzukommen.

Der General: Eine gute Ausbildung ist von grösserem Wert als Minenwerfer, Maschinengewehre und Handgranaten. Ganz besonders die Landwehr hat eine Vervollständigung ihrer Ausbildung nötig. Besonders ihr Offizierskorps war sehr zurückgeblieben und wird jetzt nachgenommen. Wir müssen bei der Landesverteidigung auf die Landwehr zählen können, die bei guter Ausbildung eine prächtige Truppe sein wird.

Mit der Ernährungsschwierigkeit in unserem Lande verhält es sich ähnlich wie mit der vielbesprochenen Unlust zum Militärdienst. Den persönlichen Interessen wird eine zu grosse Rolle eingeräumt, und die Schwere der Belastung wird vielfach übertrieben. Die jetzigen kleinen Aufgebote belasten die Volkswirtschaft viel weniger, als man gewöhnlich annimmt. Die 4000 Mann einer Landwehrbrigade zum Beispiel verteilen sich auf einen Sechstel des Landes, das heisst auf eine halbe Million Einwohner, nicht einmal 1 Prozent der Bevölkerung. Es fehlt auch an der Organisation. In Genf klagt man über arbeitslos gewordene Munitionsarbeiter, im Kanton Bern klagt man, dass die Bauern in die Munitionsfabriken gehen. Könnten da nicht die Munitionsarbeiter in die Fabriken und die Bauern nach Hause geschickt werden? Das Volk ist sich zuwenig der drohenden Not bewusst.

Der Generalstabschef: Im mündlichen Verkehr mit den Militärattachés der Nachbarmächte wurde der Standpunkt, dass fremde Hilfe nur auf unser Verlangen hin geleistet werden dürfe, von uns immer festgehalten und von der ausländischen militärischen Seite immer anerkannt. Dass der Text der neuen Erklärungen⁴ anders

4. Cf. n^o 364, 365.

19 JANVIER 1918

671

lautet, ist auffallend. Sicher ist, dass die Franzosen stets einen deutschen Einbruch befürchten. Sie haben ihre Grenzbefestigung jetzt bis gegen Morteau ausgedehnt.

Für die Volkswirtschaft kann die Armee bei den jetzigen kurzen Dienstperioden keine Leute mehr abgeben. Eine ausgiebige Verwendung von Arbeitslosen für landwirtschaftliche und andere Arbeiten muss organisiert werden. Internierte und Deserteure sind in vollem Masse heranzuziehen. Der Vorschlag der SBB, für ihre Arbeiten italienische Gefangene aus Deutschland zu beziehen, wird nicht durchführbar sein.

Bundespräsident Calonder: Die Einfuhr gefangener Italiener ist ausgeschlossen. Für Italien würde sie eine Beleidigung bedeuten.